



INTERMEZZO: EXIL IN ENGLAND (1939 - 1945)

Die Flucht von mehr als eintausend sudetendeutschen Sozialdemokraten, dem gesamten führenden Funktionärskorps der DSAP, in der Zeit zwischen dem Münchner Abkommen Anfang September 1938 und dem Einmarsch der Truppen Hitlerdeutschlands Mitte März 1939 war in jeder Hinsicht eine tiefgreifende Zäsur in der Geschichte der Partei. Auch musste sie sich, zumindest dem Namen nach, auflösen und in eine Exilorganisation umformen, um die Daheimgebliebenen nicht zu gefährden. Die Auswanderung der besonders gefährdeten Genossen und deren nächsten Angehörigen musste vorbereitet und durchgeführt werden, nicht nur finanziell, sondern auch politisch und organisatorisch. Es war damals, in einer politisch und wirtschaftlich äußerst unsicheren Zeit mit hoher Arbeitslosigkeit in allen Industrieländern, eine schier unlösbare Aufgabe, für die betroffenen Genossen und deren Familien Aufnahmeländer, Visen und Geldmittel zu beschaffen. Die britische Öffentlichkeit half großzügig, zum Beispiel der sogenannte News Chronicle Fund, vielleicht auch aus einem Schuldgefühl heraus gegenüber den Opfern von München; skandinavische Genossen halfen ebenso, und als großer Wurf erwies sich, dass es Willi Wankagelang, kanadische Eisenbahnen und deren Siedlungsgesellschaften zu bewegen, mehrere hundert sudetendeutsche Sozialdemokraten und deren Angehörige auf verlassenen Farmen in Westkanada anzusiedeln. Fast unter den Augen der in die Resttschechoslowakei eingefallenen deutschen Truppen gelang es noch sudetendeutschen Flüchtlingen, in Eisenbahnzügen über Oberschlesien polnisches Gebiet zu erreichen. Diese Personen konnten dann über Gdingen per Schiff nach Großbritannien weiterreisen.

Jaksch' Kurswechsel

Es waren aber nicht nur die Flucht und die Sorge um das physische Überleben, welche die Führung der sudetendeutschen Sozialdemokratie vor große Probleme stellten, sondern auch die Frage, wie es politisch weitergehen würde. Die DSAP hatte sich in ihrem Bemühen um eine gerechte Lösung des sudetendeutsch-tschechischen Problems auch großen innerparteilichen Belastungen ausgesetzt. Die kontrovers diskutierte Wahl Jakschs zum Nachfolger Ludwig Czechs war mehr als der symbolische Beweis einer Kursänderung, denn Jaksch repräsentierte eine eher nationale, volksgruppenorientierte Richtung als sein internationalistischer, der austromarxistischen Richtung verbundene Vorgänger Czech. Die tschechoslowakische Bruderpartei war im Oktober des Jahres

1938 aus der Sozialistischen Arbeiter-Internationale ausgetreten und hatte damit ebenfalls ein Bekenntnis zu einer eher nationalen Ausrichtung abgelegt. Das bedeutete nicht mehr und nicht weniger, als dass auch die beiden sozialdemokratischen Parteien voneinander abrückten, weil jede die Belange ihrer jeweiligen Nation höher bewertete als vordem. Auf der ersten Sitzung des Parteivorstandes der Treuegemeinschaft in London im Mai 1939 gab es schon deutliche Meinungsverschiedenheiten über den künftigen Kurs. Während zum Beispiel die Gewerkschafter die traditionelle Solidarität mit den Tschechen unbedingt fortzusetzen wünschten, stellte Jaksch als Vertreter der Mehrheit fest, man habe „kein Sudetenproblem mehr“ und müsse künftig mit anderen Partnern als den Tschechen zu politischen Lösungen kommen. In diesem Zusammenhang forderte Jaksch auch „die volle Selbstentscheidung der Sudetenfreiheit“, das hieß das uneingeschränkte Selbstbestimmungsrecht und damit wohl auch die Loslösung vom tschechoslowakischen Staat. Jaksch hatte damit einen Standpunkt eingenommen, der ihn bereits Monate vor Ausbruch des zweiten Weltkrieges in offenem Gegensatz zu den staatspolitischen Zielen des in Chicago weilenden tschechoslowakischen Exilpräsidenten Beneš zeigte.

Was kommt nach Hitler?

In der Folgezeit entstanden dann mehrere Grundsatzdokumente innerhalb der Treuegemeinschaft sudetendeutscher Sozialdemokraten, die sich vor allem mit dem künftigen Verhältnis zur tschechischen Nation, zu einem nachhitlerischen Deutschland und zur Neugestaltung Mitteleuropas nach dem vorauszu sehenden Krieg auseinandersetzen. Die erste dieser programmatischen Schriften nannte Jaksch bezeichnenderweise „Was kommt nach Hitler? Möglichkeiten und Voraussetzungen einer demokratischen Föderalisierung Mitteleuropas“. Der Führer der Treuegemeinschaft machte darin deutlich, dass „die im Sudetenland so eklatant ver-

rateten deutschen Gegner Hitlers keine Ursache haben, München nachträglich zu revidieren und auf die Geltendmachung des Selbstbestimmungsrechtes der Deutschen zu verzichten.“ Ein freies, nachhitlerisches Deutschland sollte den Kern einer zentral-europäischen Föderation bilden. Und zur Bereinigung offener Grenzfragen zwischen den Völkern dieser Gemeinschaft war Jaksch sogar bereit, einen „organisierten Bevölkerungsaustausch als technisches Hilfsmittel“ anzuerkennen. Als Jaksch und der im Hochsommer 1939 aus den Vereinigten Staaten zurückgekehrte Edvard Beneš zum ersten Mal seit ihrem Verlassen der Heimat in London zusammen trafen, wurden, kaum überraschend, erhebliche konzeptionelle Differenzen zwischen den Vorstellungen der beiden Politiker deutlich. Günstig war eine derartige Konstellation für eine gedeihliche Zusammenarbeit von Tschechen und Sudetendeutschen während des Exils leider nicht.

Divergenzen in der Treuegemeinschaft

Bei Kriegsausbruch im September des Jahres 1939 wollte Jaksch in Schweden. Während seiner Abwesenheit beschlossen die in London versammelten Vorstandsmitglieder einen staatspolitischen Aufruf, welcher von Jakschs bisheriger Konzeption abwich und welchen die Funktionäre auch Beneš persönlich überreichten. Sie forderten die Ungültigkeit des Münchner Abkommens und die „Wiederherstellung der selbständigen Tschechoslowakischen Republik“ als eines der „selbstverständlichen Kriegsziele der westlichen Demokratien.“ Beneš begrüßte den Aufruf und forderte die Treuegemeinschaft daraufhin auf, ihre staatspolitischen Vorschläge zu unterbreiten. Die politischen Divergenzen zwischen Jaksch und seinen Vorstandsmitgliedern aufgrund dieser Demarche sind Beneš damals sicherlich nicht entgangen. Der gleiche Eindruck entstand, als sich ein Teil des Vorstands der Treuegemeinschaft entschloss, ihren Mitgliedern den freiwilligen Eintritt

in die tschechoslowakische Auslandsarmee zu empfehlen, während der von England abwesende Jaksch von Schweden aus alles unternahm, den sudetendeutschen Sozialdemokraten den Eintritt in die britische Armee als bessere Alternative schmackhaft zu machen.

Die Uneinigkeiten zwischen Tschechophilen und Großdeutschen innerhalb der Treuegemeinschaft blieben der tschechoslowakischen Auslandsführung nicht verborgen. Bald wurde deutlich, dass die Männer um Edvard Beneš über die Differenzen stets prompt informiert waren und dass sie auch nicht davor zurückschreckten, die zentrifugalen Spannungen innerhalb der Treuegemeinschaft für ihre eigenen politischen Ziele so weit wie möglich auszunutzen. Als Jaksch erkennen musste, dass er möglicherweise in seiner Organisation wegen seiner kompromisslosen Haltung in der Frage des Militärdienstes und seiner Befürwortung einer großdeutschen Lösung für Mitteleuropa nach dem Kriege keine Mehrheiten mehr hatte, versuchte er gegenzusteuern und zu klären. Es entstand draufhin die sogenannte Holmhurst Erklärung, die zumindest in der Frage der Wiedererrichtung der Tschechoslowakischen Republik nach dem Kriege Kompromissbereitschaft erkennen ließ. Die Möglichkeit des Militärdienstes von sudetendeutschen Flüchtlingen in der tschechoslowakischen Auslandsarmee wurde jedoch nicht offiziell gestattet. Auch beharrte Jaksch auf seiner bisherigen Forderung nach staatsrechtlichen Konzessionen für die deutsche Bevölkerung als Vorbedingung für die offizielle Unterstützung des tschechoslowakischen Auslandskampfes durch die Treuegemeinschaft.

Spaltung der Treuegemeinschaft in England

Die tschechoslowakische Auslandsführung reagierte entsprechend. Zunächst kam es Anfang des Jahres 1940 unter tschechoslowakischem Einfluss zur Gründung der jakschkritischen Landesgruppe England der freigewerkschaftlichen Arbeiter- und Angestelltenorganisationen, welcher vor allem Mitglieder der Treuegemeinschaft angehörten und welche pro-tschechoslowakisch ausgerichtet war. Besonders aktiv und kritisch wirkte dabei J. W. Bruegel, ehemaliger enger Mitarbeiter desormaligen DSAP-Vorsitzenden Czech. Andere führende Mitglieder der gewerkschaftlichen Opposition, die sich übrigens regelmäßig mit tschechoslowakischen Exilpolitikern trafen, waren Josef Zinner, Franz Koegler, Josef Lenk, Irene





Kirpal und Fanny Blatny. Wie ein führender tschechischer Historiker berichtet, erhielt die Opposition auch finanzielle Hilfe von der Auslandsregierung und unterhielt Kontakte zu den tschechoslowakischen Exilministern Ripka, Nemec, Necas und zu Beneš' politischem Referenten Drtina. Im Oktober 1940, nachdem Beneš der Treugemeinschaft sechs Sitze im Staatsrat (Exilparlament) versprochen hatte und Jaksch dieses Angebot annehmen wollte, verkündete die Opposition, um Jaksch zu schwächen oder gar auszuschalten, die Gründung einer Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik (Auslandsgruppe). Diese sogenannte Zinner-Gruppe warf Jaksch vor, einen antislowakischen Kurs gesteuert und durch sein angeblich großdeutsches Verhalten die Ziele der alten Partei und des gemeinsamen Auslandskampfes mit der tschechischen Mehrheitsnation verraten zu haben. Hervorzuheben ist, dass die Spaltung der Treugemeinschaft, welche etwa 30 Prozent ihrer Mitglieder in England verlor, von tschechoslowakischer Seite noch zu einem Zeitpunkt inszeniert wurde, bevor irgendwelche Verhandlungen zwischen Jaksch und der Auslandsführung unter Beneš wirklich begonnen hatten.

Verhandlungen mit der Exilregierung

Es ist eigentlich überflüssig, über die sogenannten Verhandlungen der Exilregierung mit den sudetendeutschen Sozialdemokraten groß zu berichten oder gar zu spekulieren, ob Jaksch mit größerem Entgegenkommen Beneš von dessen Vertreibungsplänen hätte abbringen können. Die Trennung von der sogenannten deutschen Minderheit war in verschiedenen Formen eines der wichtigsten Ziele der Exilregierung. Gelegentlich wurde auch in Erwägung gezogen, sich nach dem Kriege nicht nur von der Mehrheit der sudetendeutschen Bevölkerung, sondern auch von nahezu rein deutsch besiedelten Gebieten im Nordwesten der Tschechoslowakei zu trennen. Dass es dennoch nicht zu einer annehmbaren Lösung kam, lag allerdings nicht am fehlenden Verhandlungsgeschick von Jaksch, sondern an der immer mehr möglich werdenden Verwirklichung der Maximalziele der vom Verlauf des Krieges begünstigten Exilregierung. Lidice, die Anerkennung der Exilregierung durch die Großmächte, der nazideutsche Terror in Böhmen und Mähren, all diese Entwicklungen wirkten gegen Jaksch und zu Gunsten der Befürworter der Vertreibung. Ein Akt der Verzweiflung war sicherlich nicht zuletzt der Ende 1943 konzipierte und im Sommer 1944

mit Hilfe britischer Stellen durchgeführte Einsatz von sudetendeutschen Fallschirmspringern über Nordböhmen und der gleichzeitige Versuch, von Dänemark aus auch auf dem Landwege Emissäre in die Heimat zu schicken und unter anderem mit dem nationalsozialistischen Regierungspräsidenten Krebs in Aussig in Verbindung zu treten. Diese äußerst riskante Aktion ist wahrscheinlich vor allem als Versuch zu werten, die Heimat vor der bevorstehenden Vertreibung nach einem verlorenen Kriege zu warnen. Wie dem auch sei, mehrere Beteiligte an dieser Aktion verloren dabei ihr Leben und andere landeten im Kerker oder im Konzentrationslager.

Tragik des sudetendeutscht-slowakischen Verhältnisses

Es ist schließlich fraglich, ob die Gespräche zwischen Jaksch und Beneš im britischen Exil die Bezeichnung sudetendeutsch-tschechoslowakische Verhandlungen wirklich verdienen, denn es ist kein historisch einwandfreier Beweis zu erbringen, dass die tschechoslowakische Seite an einem handfesten Verhandlungsergebnis überhaupt interessiert war. Beneš war ein vom Nationalstaatsgedanken des 19. Jahrhunderts geleiteter Politiker, der einen tschechoslowakischen Staat vor allem als Staat der Tschechen und Slowaken konzipieren wollte. Für ihn waren die Deutschen bestenfalls eine geduldete Minderheit, ungeachtet des Umstandes, dass es in der ersten Republik mehr Deutsche gab als Slowaken. Und so war es denn auch das vorrangige Ziel von Beneš Exilpolitik, diesen Nationalstaat, welcher 1914-1918 entsprechend seiner ethnischen Wunschkonzeption nicht ganz erreicht werden konnte, nach dem Ende des zweiten Weltkrieges endlich doch noch zu vollenden. Vielleicht hat Jaksch dies schon früh erkannt, denn seine großdeutsche Haltung ist sehr wohl damit zu erklären, dass er (auch ein Kind des 19. Jahrhunderts) bis zum Jahre 1945 einfach nicht glauben mochte, dass Völker auch im gemischtnationalen Raum durchaus Mittel und Wege

zu einem fruchtbaren und fairen Miteinander finden können. Jaksch und seine sozialdemokratische Treugemeinschaft haben die Vertreibung nicht verhindern können, und die tschechoslowakische Exilführung unter Edvard Beneš haben sie nicht verhindern wollen, weil sie als Produkte ihrer Zeit nicht anders konnten. Das ist die große Tragik des sudetendeutsch-tschechischen Verhältnisses, welche jungen Menschen von heute gar oft und gottlob unbegreiflich ist.

Nach Kriegsende verhinderte die tschechoslowakische Regierung vier Jahre lang die Übersiedlung von Jaksch und seiner Familie aus dem britischen Exil in die Bundesrepublik. Die Gründe waren vor allem seine Bemühungen um die Verhinderung der Vertreibung und sein Einsatz für seine Landsleute während des Exils. 1949 fand er eine neue persönliche und politische Heimat in Wiesbaden. Er schloss sich der SPD-Hessen an und engagierte sich in der Flüchtlingsbetreuung seiner Partei. 1951 war er einer der maßgeblichen Gründer der Seliger-Gemeinde, der Gesinnungsgemeinschaft sudetendeutscher Sozialdemokraten, und war bis zu seinem Tod 1966 ihr Vorsitzender.

Von 1950 bis 1953 leitete er in Hessen das Landesamt für Vertriebene, Flüchtlinge und Evakuierte. 1953 kandidierte Jaksch erfolgreich für den Bundestag, dem er bis zu seinem Tode angehörte. Dass er die Vertreibung für völlig unannehmbar hielt und dennoch nach vorne blickte, bewies Jaksch Anfang der sechziger Jahre im Bundestag mit seiner parteiübergreifenden Initiative eines Marshall-Plans für Osteuropa. Auch die Europäisierung Mitteleuropas als friedliches Konzept für den Abbau ideologischer und politischer Gegensätze wurde von Jaksch tatkräftig unterstützt.

In der SPD war Jaksch mit seiner grundsätzlichen Bereitschaft, mit den Vertriebenenorganisationen zusammenzuarbeiten und dort auch Ämter zu übernehmen, umstritten; besonders im links orientierten Landesverband Hessen. Auch verübte man ihm seine volkssozialistische Vergangenheit aus den dreißiger Jahren. Die Auseinandersetzungen um seine Person brachten Jaksch an den Rand eines

Parteiaustritts, den er trotz aller Erwägungen in unterschiedliche Richtungen allerdings nie vollzog. Jaksch spielte zeitweise sogar mit dem Gedanken einer neuen, konservativen Vertriebenenpartei. Bis zu seinem plötzlichen Tod kurz vor Beginn der großen Koalition unter Kanzler Kurt-Georg Kiesinger war Jaksch Mitglied von Willy Brandts Schattenkabinett. Als Vorsitzender der Bundesversammlung der Sudetendeutschen Landsmannschaft bekleidete Jaksch zugleich eines der höchsten Ämter der Dachorganisation aller Sudetendeutschen. So gesehen, blieb er seinem parteiübergreifenden Politikansatz aus seinen Anfangsjahren in der ČSR treu. Zuletzt war er Präsident des Bundes der Vertriebenen.

Die späteren Vorsitzenden der Seliger-Gemeinde – Ernst Paul, Adolf Hasenöhl und Volkmar Gabert – hielten den Kurs Wenzel Jakschs in der Regel bei. Die Seliger-Gemeinde sollte eine Brückenfunktion zwischen der SPD und der Landsmannschaft einnehmen, nicht zuletzt auch, um die drängenden großen politischen Ziele der gesamten Volksgruppe wie Lastenausgleich, Fremdrentengesetz, Familienaustausch, Familienzusammenführungen oder Umsiedlungen politisch durchsetzen zu können.



INTERMEZZO: EXIL V ANGLII (1939 - 1945)

Útěk více než tisíce sudetoněmeckých sociálních demokratů, celého vedoucího funkcionářského sboru DSAP, v době mezi Mnichovskou dohodou počátkem září 1938 a vstupem vojsk hitlerovského Německa v polovině března 1939 byl v každém ohledu hlubokou přerývkou v historii strany. A také se musela, alespoň dle jména, rozpustit a transformovat se na exilovou organizaci, aby neohrozila ty, kteří zůstali doma. Emigrace zvláště ohrožených soudruhů a jejich dalších rodinných příslušníků musela být připravena a zrealizována nejenom po finanční stránce, ale také po stránce politické a organizační. Tenkrát, v politicky a hospodářsky velmi nejisté době s vysokou nezaměstnaností ve všech průmyslových zemích, to byl téměř neřešitelný úkol zajistit pro dotčené soudruhy a jejich rodiny země, které je přijmou, víza a finanční prostředky. Velkoryse pomohla britská veřejnost, např. tzv. News Chronicle Fund, možná také z pocitu viny vůči obětem Mnichova, rovněž pomohli skandinávští soudruzi, a nejvíce se postětilo, když se Willi Wankovi podařilo přimět kanadské železnice a jejich bytová družstva a usídlit několik stovek sudetoněmeckých sociálních demokratů a jejich rodinných příslušníků na opuštěných farmách v západní části Kanady. Téměř před zraky německých vojsk, která vpadla do zbytku Československa, se ještě posledním vlakům se sudetoněmeckými uprchlíky podařilo dorazit na území Polska přes Horní Slezsko. Tyto osoby poté mohli odcestovat lodí přes Gdyni do Velké Británie.

Jakschova změna kurzu

Útěk a starost o fyzické přežití nebyly jediné problémy, před které bylo vedení sudetoněmecké sociální demokracie postaveno, nýbrž také otázka, jakým způsobem dál pokračovat v politické rovině. DSAP se také při svých snahách o spravedlivé řešení sudetoněmecko – českého problému vystavovala vnitrostraničným zátěžím. Kontroverzně diskutovaná volba Jaksche jako nástupce Ludwiga Czecha byla více než symbolickým důkazem změny kurzu, neboť Jaksch reprezentoval spíše nacionální, na menšiny orientovaný kurz, než jeho internacionálně, s austromarxistickými tendencemi spojený Czech. Bratrská strana v Československu vystoupila v říjnu 1938 ze Socialistické internacionály pracujících a tímto se rovněž přihlásila ke spíše nacionalistické orientaci. To neznamenal nic více ani o nic méně než to, že se obě sociálně demokratické strany od sebe odtáhly, protože každá strana si ce-

nila zájmy svého národa výše než dříve. Na prvním zasedání předsednictva Treuegemeinschaft v Londýně v květnu 1939 panovaly zřejmě rozdíly v názorech o podobě budoucího směřování. Zatímco např. odboráři si přáli bezpodmínečně pokračovat v tradiční solidaritě s Čechy, Jaksch jako zástupce většiny konstatoval, že už „sudetoněmecký problém“ neexistuje a v budoucnu se musí k politickým řešením dojit s jinými partnery než s Čechy. V této souvislosti také Jaksch požadoval „úplné samorozhodování v otázce svobody Sudet“, to znamenalo neomezené právo na sebeurčení a tím zřejmě také odtržení se od Československého státu. Jaksch tím zaujal postoj, který jej již několik měsíců před vypuknutím druhé světové války stavěl do otevřeného protikladu k státní politickým cílům československého exprezidenta Eduarda Beneše, který pobýval v Chicagu.

Co přijde po Hitlerovi?

V následující době vznikla uvnitř Treuegemeinschaft celá řada zásadních dokumentů sudetoněmeckých sociálních demokratů, které rozebírají především otázky budoucího vztahu k českému národu, k pohitlerovskému Německu a novému uspořádání střední Evropy po předpokládané válce. První z těchto problematických spisů nazval Jaksch příznačně Co přijde po Hitlerovi? Možnosti a předpoklady pro demokratickou federalizaci střední Evropy. Lídr Treuegemeinschaft v něm objasňoval, že „v Sudetech tak zjevně zrazení německí odpůrci Hitlera nemají příčinu dodatečně revidovat Mnichov a zřítí se uplatnění práva na sebeurčení Němců“. Svoobodné, pohitlerovské Německo by mělo tvořit jádro středoevropské federace. A k urovnání otevřených otázek hranic mezi národy tohoto společenství byl Jaksch dokonce připraven akceptovat „organizovanou výměnu obyvatelstva jako technickou pomůcku“. Když se Jaksch a uprostřed léta 1939 se ze Spojených států navrátili Edvard Beneš poprvé

setkali od jeho odchodu z vlasti do Londýna, byly jen sotva překvapením zřejmě velké koncepční rozdíly v představách obou politiků. Bohužel takováto konstelace nebyla příhodná pro zdařilou spolupráci mezi Čechy a sudetskými Němci během exilu.

Divergence v Treuegemeinschaft

V době vypuknutí války v září 1939 pobýval Jaksch ve Švédsku. Během jeho nepřítomnosti se v Londýně shromáždění členové předsednictva usnesli na státněpolitické proklamaci, která se odchylovala od Jakschovy dosavadní koncepce a kterou také funkcionáři osobně předali Benešovi. Požadovali neplatnost Mnichovské dohody a „znovunastolení samostatné Československé republiky“ jako jednoho ze „samozejných válečných cílů západních demokracií“. Beneš tuto proklamaci uvítal a poté vyzval Treuegemeinschaft k předložení svých státněpolitických návrhů. Benešovi jistě neunikly politické divergence mezi Jakschem a členy jeho předsednictva na základě této demarše. Stejný dojem vznikl, když se část předsednictva Treuegemeinschaft rozhodla svým členům doporučit dobrovolný vstup do Československé legie, zatímco v Anglii nepřítomný Jaksch ze Švédska podnikal vše pro to, aby sudetoněmeckí sociální demokraté považovali za lepší alternativu vstup do britské armády.

Nejednotnosti mezi čechofily a zastánci německého velko řešení uvnitř Treuegemeinschaft nezůstaly skryty československému vedení v cizině. Brzy bylo zřejmé, že muži kolem Edvarda Beneše byli neustále přesně informováni a že se nezaekly využít odstředivého napětí uvnitř Treuegemeinschaft pro své vlastní politické cíle v co nejvyšší míře. Když Jaksch rozpoznal, že již možná nemá ve své organizaci většinu kvůli svému nekompromisnímu vyso-
stupování v otázce vojenské služby a jeho podpoře

velkoněmeckého řešení pro střední Evropu po válce, pokoušel se přijmout protiopatření a začal vyjasňovat. Poté vzniklo tzv. Holm-hurster Erklärung (Holmhurstské prohlášení), které alespoň dává rozpoznat ochotu přijmout kompromis v otázce obnovy Československé republiky. Oficiálně však nebyla povolena možnost vojenské služby sudetoněmeckých uprchlíků v Československé legii. Neústupný Jaksch také trval na svém dosavadním požadavku státoprávních koncesí pro německé obyvatelstvo jako předpoklad pro podporu československého zahraničního boje ze strany Treuegemeinschaft.

Rozštěpení Treuegemeinschaft v Anglii

Československé zahraniční vedení reagovalo odpovídajícím způsobem. Nejprve došlo počátkem roku 1940 pod československým vlivem k založení vůči Jakschovi kritické Landesgruppe England der freigewerkschaftlichen Arbeiter- und Angestelltenorganisationen, do které patřili především členové Treuegemeinschaft, a která byla pročeskoslovensky zaměřená. Obzvláště aktivně a kriticky zde působil J. W. Bruegel, bývalý úzký spolupracovník někdejšího předsedy DSAP Czecha. Dalšími vedoucími členy, kteří se ostatně pravidelně střídali s československými exilovými politiky, byli Josef Zinner, Franz Koegler, Josef Lenk, Irene Kirpal a Fanny Blatny. Jak informuje jeden přední český historik, obdržela opozice také finanční pomoc od zahraniční vlády a udržovala kontakty s československými exilovými ministry Ripkou, Němcem, Nečasem a s Benešovým osobním referentem Drtinou. V říjnu 1940, poté, když Beneš slíbil Treuegemeinschaft šest křesel ve Státní radě (exilový parlament) a Jaksch chtěl tuto nabídku přijmout, oznámila opozice, aby Jaksche oslabil nebo dokonce vyřadila, založení Německé sociálně demokratické strany dělnické v ČSR (zahraniční skupina) - Deutsche Sozialdemokratische Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik (Auslandsgruppe). Tzv. Zinnerova skupina vyčítala Jakschovi jeho antičeskoslovenský kurz a to, že svým údajně velkoněmeckým chováním zradil staré cíle strany a společného zahraničního boje s českým většinovým národem. Je třeba zdůraznit, že rozštěpení Treuegemeinschaft, které v Anglii ztratilo asi 30 procent svých členů, bylo československou stranou zosnováno ještě v době, než skutečně začala vyjednávání mezi Jakschem a exilovou vládou pod vedením Beneše.



Vyjednávání s exilovou vládou

Je vlastně zbytečné sáhodlouze informovat o tzv. vyjednáváních exilové vlády se sudetoněmeckými sociálními demokraty nebo vůbec spekulovat, zda-li by byl Jaksch mohl Beneše - při jeho větší vstřícnosti - odvrátit od jeho plánů na vyhnání. Separace od tzv. německé menšiny byl v různých formách jeden nejdůležitějších cílů exilové vlády. Příležitostně se také uvažovalo o separování se nejen od většiny sudetoněmeckého obyvatelstva, ale také od téměř výhradně Němci osídlených oblastí na severozápadě Československé republiky. To, že se ale nedospělo k přijatelnému řešení, ostatně nespočívalo v chybějící Jakschově schopnosti vyjednávat, nýbrž ve stále pravděpodobnější realizaci maximálních cílů průběhem války zvýhodněné exilové vlády. Lidice, uznání exilové vlády ze strany velmocí, německý nacistický teror v Čechách a na Moravě, tento veškerý vývoj působil proti Jakschovi a ve prospěch těch, kteří se přimlouvali za vyhnání. Jedním z aktů zoufalství byl jistě na konci roku 1943 zkoncipovaný a v létě 1944 s pomocí britských míst realizované nasazení sudetoněmeckých parašutistů nad severními Čechami a současný pokus, z Dánska, poslat emisary po souši do vlasti a mimo jiné se v Ústí nad Labem spojit s národně socialistickým předsedou vlády Krebsem. Tato krajně riskantní akce se pravděpodobně musí především hodnotit jako pokus varovat vlast před blížícím se vyhnáním po prohrané válce. Ať je tomu jakkoliv, o život přišlo několik účastníků této akce a další skončili ve vězení nebo v koncentračním táboře.

Tragičnost sudetoněmecko-českých vztahů

Je nakonec sporné, jestli si rozhovory mezi Jakschem a Benešem v britském exilu opravdu zasluhují označení sudetoněmecko-česká jednání, neboť není třeba podat žádný historicky nesporný důkaz o tom, že československá strana vůbec měla zájem o nějaký konkrétní výsledek jednání. Beneš byl politik vedený myšlenkou národního státu 19.století, který chtěl koncipovat československý stát především jako stát Čechů a Slováků. Němci byli pro něj v nejlepším případě trpěnou menšinou, nehledě na skutečnost, že za první republiky bylo více Němců než Slováků. A poněvadž to také bylo přednostním cílem exilové politiky Beneše, který však chtěl tento národní stát, kterého nemohlo být zcela dosaženo v letech

1914-1918 podle vysněného etnického konceptu, konečně dokončit po skončení druhé světové války. Jaksch možná tento plán rozpoznal již dříve, neboť jeho velkoněmecké vystupování se dá velmi dobře vysvětlit tím, že také (jako dítě 19.století) prostě do roku 1945 nechtěl věřit, že by národy, které žijí v národnostně smíšeném prostoru, mohly najít prostředky a cesty k plodnému a čestnému soužití. Jaksch a jeho sociálně demokratická Treuegemeinschaft vyhnání zabránit nemohli a nechtěli bránit exilové vládě pod vedením Edvarda Beneše, protože jako produkt své doby nemohla jednat jinak. To je velká tragičnost sudetoněmecko-českých vztahů, která je pro dnešní mladé lidi často zcela - a chvála-bohu - nepochopitelná.

Po dobu čtyř let od skončení války bránila československá vláda Jakschovi a jeho rodině v přestěhování se z britského exilu do Spolkové republiky Německo. Důvodem byly především jeho snahy zabránit vyhnání a jeho zasazení se za své krajany během exilu. V roce 1949 našel svojí novou osobní a politickou vlast ve Wiesbadenu. Připojil se k SPD-Hessen a angažoval se v oblasti péče o uprchlíky své strany. V roce 1951 byl jedním z hlavních zakladatelů Seliger-Gemeinde, společenství spřízněnců sudetoněmecké sociální demokracie a do své smrti v roce 1966 byl jejím předsedou.

V letech 1950 – 1953 vedl Zemský úřad pro vysídlené osoby, uprchlíky a evakuované (Landesamt für Vertriebene, Flüchtlinge und Evakuierte). To, že vyhnání považoval za zcela nepřijatelné a přesto hleděl směrem dopředu, prokázal Jaksch ve Spolkovém sněmu (Bundestag) počátkem šedesátých let svojí nadstranickou iniciativou Marshallova plánu pro východní Evropu. Jaksch také energicky podporoval europeizaci střední Evropy jako mírový koncept odbourávání ideologických a politických protikladů.

Jaksch byl svojí zásadní připraveností spolupracovat s organizacemi vyhnanců a zde začít pracovat, sporný, obzvláště pak v levicově orientovaném Landesverband Hessen. Také mu byla zazlívána jeho lidově socialistická minulost z třicátých let. Rozmíšky

kolem jeho osoby přivedly Jaksche na pokraj jeho vystoupení ze strany, které však, přes všechny úvahy různými směry, nikdy neuskutečnil. Jaksch si dokonce určitou dobu pohrával s myšlenkou založení nové strany vyhnanců. Do jeho náhlé smrti krátce před začátkem velké koalice pod vedením kancléře Kurta Georga Kiesingera byl Jaksch členem stínového kabinetu Willyho Brandta. Jako předseda spolkového shromáždění Sudetoněmeckého landsmanšaftu (Bundesversammlung der Sudetendeutschen Landsmannschaft) zastával Jaksch zároveň jeden z nejvyšších úřadů v zastřešující organizaci všech sudetských Němců. Viděno v tomto světle, zůstal Jaksch věrný svému nadstranickému politickému přístupu z jeho počátečních let v ČSR. Naposledy byl prezidentem Svazu vyhnanců (Bund der Vertriebenen).

Pozdější předsedové Seliger-Gemeinde - Ernst Paul, Adolf Hasenöhr a Volkmar Gabert – pokračovali v kurzu Wenzela Jaksche. Seliger-Gemeinde měla zaujmout přemostovací funkci mezi SPD a landsmanšaftem, v neposlední řadě také proto, aby mohla také politicky prosadit naléhavé velké politické cíle celé národní skupiny, jako: vyrovnání pohledávek, tzv. Fremdrentengesetz, výměny rodin, spojení rodin nebo přesídlení.

